DER RÜCKBAU DER SOZIALEN WOHLFAHRTSSTAATEN

Elisabeth LICHTENBERGER, Wien*

mit 3 Tab. im Text

INHALT

1. Präambel	7
2. Alterung der Gesellschaft und Pensionspolitik	8
3. Neue demographische Lebensstile und Sozialpolitik	10
4. Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit	13
5. Die Regime der Sozialpolitik in den EU-Staaten	16
6. Zusammenfassung	19
7. Summary	21
8. Literaturverzeichnis	22

1. Präambel

Der Ausbau des sozialen Wohlfahrtsstaates ist zu Ende, der Rückbau hat eingesetzt. Dies betrifft die Staaten der westlichen Welt, allerdings in unterschiedlichem Maße, denn im Schatten der Globalisierung der Ökonomie ist Sozialpolitik bisher eine abgeschottete nationale Angelegenheit geblieben. Es stellt sich die Frage: Wird sie es bleiben?

Auf diese Frage hat Paul KENNEDY von der Yale-Universität auf der Tagung der Herbert-Quandt-Stiftung 1996 folgende Antwort gegeben:¹⁾ Kapital hat eine rationale Logik. Es wird dahin gehen, wo es Geld verdienen kann. Regierungen und Gesellschaften, die sich dieser Marktlogik entziehen, werden bestraft. Auf die Frage, ob globale Wirtschaft und nationale Sozialpolitik nebeneinander funktionieren können, lautete seine Antwort: "Nein, das ist langfristig völlig unmöglich."

1) Zukunftsforschung (1996), H. 3-4, S. 20.

* em.o.Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Lichtenberger, Österreichische Akademie der Wissenschaften, A-1010 Wien, Bäckerstraße 20; e-mail: Elisabeth.Lichtenberger@oeaw.ac.at

Der folgende Beitrag unternimmt es, die Frage in Teilfragen zu zerlegen und auf diese im Kontext der europäischen Wohlfahrtsstaaten eine Antwort zu geben.

2. Alterung der Gesellschaft und Pensionspolitik

Die steigende Lebenserwartung in allen Staaten der entwickelten Welt, und selbst in den Entwicklungsländern, ist der wichtigste demographische Vorgang in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen.²⁾ Nahezu synchron dazu hat in den westlichen Industrienationen die Fertilität drastisch abgenommen. Im Jahrzehnt von 1990-1996 ist die Reproduktionsrate auf 0,81 gesunken, sie betrug in dieser Zeitspanne in Nordamerika 0,98, in Europa nur mehr 0,75.³⁾

Die Mitgliedstaaten der EU sind in den abgelaufenen zwei Jahrzehnten in eine in diesem Ausmaß in der jüngeren Bevölkerungsgeschichte ungewöhnliche Phase der Schrumpfung und des demographischen Alterns eingetreten. Bereits seit längerem liegen die Fertilitätsziffern, mit Ausnahme von Irland, deutlich unter dem für die "Reproduktion" eines Bevölkerungskörpers erforderlichen Niveau. Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz, d.h. im wesentlichen also der deutsche Sprachraum, haben derzeit die niedrigsten Fertilitätsraten der Welt. Der Anteil der 60jährigen und älteren Bevölkerung beträgt rund ein Fünftel. Die Alterung der Gesellschaft gehört zur programmierten Zukunft der europäischen Wohlfahrtsstaaten. Für Österreich berechneten Heinz FASSMANN et al. (1996), daß die Altersklasse der über 60jährigen von derzeit 20% auf mindestens 32% bis maximal 37% im Jahr 2030 zunehmen wird.

Dieser Alterungsprozeß konnte in den Babyboom-Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vorhergesehen werden, als Wirtschaftswachstum und Ausbau des sozialen Wohlfahrtsstaates Zug um Zug die Anteile der Sozialausgaben an den Staatsbudgets und darunter auch die Aufwendungen für die Pensionen erhöht haben. 1960 betrug der Anteil der Sozialausgaben am BIP in der Bundesrepublik 20,4, in Schweden 15,9, in Großbritannien 14,8 und in den USA 11,3%. 1993 betrug er für dieselben Staaten 31,0, 39,7, 27,8 und 20,0 % (vgl. OECD 1996 und Tab. 3). Insgesamt war ein außerordentlich komplexes, institutionell vernetztes System der "sozialen Wohlfahrt" geschaffen worden, in welchem keine Kontroll- oder Steuerungsmechanismen für die demographischen Veränderungen vorgesehen waren.

Das Wachstum der Wirtschaft brachte aufgrund der steigenden Arbeitsproduktivität eine beachtliche Reduzierung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Besonders die Verkürzung der Lebensarbeitszeit erschien als großer Fortschritt. Darüber hinaus gestattete die weiterhin steigende Arbeitsproduktivität seit den

2) Die durchschnittliche Lebenserwartung auf der Erde beträgt 64 Jahre, in den EU-Staaten 75 Jahre (Statistisches Jahrbuch 1995, S. 444).

3) Auf der gesamten Erde liegt sie bei 1,31, in Japan bei 0,72 (Statistisches Jahrbuch 1995, ebenda).

1980er Jahren, das Instrument der Frühverrentung zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme einzusetzen. Beides zusammen bewirkte eine weitere, über den demographischen Alterungsprozeß hinausgehende Zunahme des aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Bevölkerungsanteils.

Es wurde eine Hypothek auf die Zukunft aufgenommen und gleichzeitig das Ende des Ausbaus des sozialen Wohlfahrtsstaates eingeleitet. Inzwischen ist eine äußerst umfangreiche Literatur über die Krise und den Rückbau des sozialen Wohlfahrtsstaates entstanden. Die von Politikern und Medien verkündete Botschaft, daß das Umlageverfahren, welches in den meisten europäischen Staaten das System der Pensionsversicherung trägt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts in große Schwierigkeiten kommen wird, hat die Bürger verunsichert und eine weitere Welle von Frühpensionen ausgelöst. Die europäische Szene ist hektisch und unübersichtlich. In West- und Nordeuropa ist ein Rück- und Umbau des Sozialstaates in Gang gekommen, der die Rentenpolitik betrifft, aber auch "Mitnahmeeffekte" auf andere Sozialpakete aufweist. Ein Kaleidoskop von Maßnahmen kennzeichnet die Situation. Dazu einige Angaben:

- In mehreren europäischen Staaten ist man von der aktiven Förderung der Frühverrentung und der Senkung des Pensionsalters zu einer Strategie der Eindämmung der Kosten für Rentenzahlungen übergegangen.
- Die Hinaufsetzung des Ruhestandsalters wurde in fünf EU-Mitgliedstaaten beschlossen, darunter in der BRD 1996, und zwar schrittweise auf 65 Jahre.
- In Frankreich wurde 1994 der Zeitraum für die Festlegung des Bezugseinkommens für die Pension von zehn Jahren auf 25 Jahre verlängert und der Zeitraum der Beitragszahlungen auf 40 Jahre festgesetzt.
- In Schweden wurde 1994 statt der Pauschalrente eine beitragsgebundene, d.h. einkommensbezogene Rente eingeführt. Dabei wird die Umlagefinanzierung beibehalten, sie wird ergänzt durch ein System mit selbstfinanziertem Rentenanspruch. Es wird jedoch eine staatlich finanzierte Grundrente daneben bestehen bleiben (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996b).
- Auf der anderen Seite muß man ebenso zur Kenntnis nehmen, daß in Italien die Lebensarbeitszeit Ende 1997 nochmals reduziert und das Pensionsantrittsalter bei Beamten von 58 auf 57 Jahre herabgesetzt wurde. Mit 53 Jahren können Lehrer in den Ruhestand gehen, nach 24 Arbeitsjahren Bedienstete der Staatsbahnen.

Diese Angaben belegen, daß nationale Sonderwege weiterhin den Eckpfeiler der Sozialpolitik, nämlich die Pensionspolitik, kennzeichnen werden. Eine europäische Sozialunion mit einer einheitlichen Meßlatte des Pensionssystems ist nicht in Sicht.

Es stehen einander derzeit vereinfacht zwei Prinzipien gegenüber, und zwar das BISMARCK-Modell, das einen klaren Bezug zwischen Leistung und Anspruch mit dem Ziel betont, im Bereich der Altersversorgung den vorher erreichten Lebensstandard zu sichern, und das BEVERIDGE-Modell, nach dem britischen Sozialreformer benannt, auf den die Schaffung des steuerfinanzierten National Health Service in

Großbritannien zurückgeht, und das eine einheitliche Versorgung der Staatsbürger zum Ziel hat (Volksrente). In Finnland bestehen zwei parallele Rentenversicherungssysteme, die an den Wohnort gebundene Volksrente und die Beschäftigtenrente.

Ein komplettes Abgehen vom Umlageverfahren erscheint selbst in längerfristiger Perspektive wenig realistisch. Das aktuelle Prognos-Gutachten geht vielmehr für die Bundesrepublik davon aus, daß sich die Beitragssätze der Sozialversicherung von derzeit 39,2% auf ca. 50% im Jahr 2050 erhöhen werden.

3. Neue demographische Lebensstile und Sozialpolitik

Ein wesentliches Element der demographischen Umstrukturierung in den westlichen Industrienationen besteht in der Änderung der Haushaltsstrukturen. Rückblickend gesehen, hat das demographische Regime der Kernfamilie nur eine relativ kurze Periode bestimmt. Bereits die Angehörigen der Babyboom-Generation nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich von diesem Leitbild distanziert. Die Gründe hierfür sollen nicht diskutiert werden. Indikatoren für die Differenzierung der demographischen Lebensstile sind die Eheschließungs-, Scheidungs- und Geburtenziffern, der Anteil der unehelichen Geburten und die weibliche Erwerbsquote. Tabelle 1 belegt eindrucksvoll die Unterschiede des demographischen Regimes zwischen den Großregionen Europas und den USA.

Von den USA wird im allgemeinen nur die steigende Scheidungsrate über die Medien kolportiert, während die seit den 1960er Jahren unverändert (!) hohe Heiratsziffer mit neun pro Tausend kaum beachtet wird, ebensowenig wie der kontinuierliche Anstieg der weiblichen Erwerbsquote seit den späten 1970er Jahren, welche inzwischen – mit Ausnahme Nordeuropas – die EU-Staaten überrundet hat. In den Nachkriegsjahrzehnten hat sich in den USA das enorme Problem akkumuliert, daß rund die Hälfte aller Haushalte bereits von Alleinerzieherinnen geführt wird, welche die Hälfte der Kinder aufziehen. Eine Erhebung 1984 ergab, daß sich 80% der Haushalte von nichtweißen Alleinerzieherinnen unter der Armutsgrenze befanden. Nur ein Bruchteil dieser Haushalte wird von der Sozialhilfe erfaßt, nämlich diejenigen, bei denen die Frauen keiner Arbeit nachgehen. Familienpolitik als Sozialpolitik ist in den USA kein Thema. Dementsprechend gibt es auch keine Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche. Die Sozialpolitik des Staates ist auf die Pensionsversicherung zentriert. Das Sozialprogramm für Alleinerzieherinnen (ADFC) wurde überdies schon unter der REAGAN-Regierung drastisch gekürzt und stand 1995 im Budget mit dem gleichen Betrag zu Buche wie die Sonderaufwendungen für die Schaffung von Gefängnissen (22 Milliarden \$). In dieser völligen Vernachlässigung einer Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche liegt zweifellos mit eine Ursache für die erschreckend steigende Jugendkriminalität und die Welle der Gewalt, welche von Jugendbanden ausgeht, die ganze Stadtteile in den Kernstädten der Metropolen terrorisieren.

Staat	Eheschließungen		Scheidungen	Geburten		unehel. Geburten in % der Geburten	weibl. Erwerbsquote
	auf 1.000 Einwohner						
	1960	1990	1993	1960	1993	1993	1993
NORDEUROPA							
Schweden	7,2	3,9	2,46	13,7	13,5	50,4	48,4
Norwegen	7,6	4,5	2,40	17,3	13,8	44,4	44,5
Dänemark	7,9	6,1	2,50	16,6	13,0	46,4	51,8
Finnland	7,7	4,7	2,42	18,5	12,8	28,9	
WESTEUROPA							
Vereinigtes Königreich	8,1	8,1	3,83	17,5	13,1	30,8	40,9
Irland	5,6	4,5	-	21,4	13,7	18,0	23,5
Frankreich	7,2	4,4	1,90	17,9	12,3	33,2	37,0
ZENTRALEUROPA							
Belgien	7,8	5,4	2,14	16,9	11,9	11,3	34,0
Niederlande	8,3	5,8	2,00	20,8	12,8	13,1	37,0
Deutschland	8,8	5,4	2,11	17,8	9,8	14,8	38,6
Österreich	8,1	5,6	2,04	17,9	11,9	26,3	37,5
Schweiz	8,0	6,2	2,16	17,6	12,1	6,3	38,9
SÜDEUROPA							
Italien	7,6	5,1	0,39	18,3	9,4	7,2	31,0
Spanien	8,1	5,2	0,68	21,8	9,9	9,6	
Griechenland	8,3	5,9	0,69	18,9	9,8	2,8	
Portugal	8,5	6,9	1,25	-	11,6	16,9	
OSTMITTELEUROPA							
Polen	9,5	5,4	0,73	22,3	12,8	8,2	
Slowakei	.	5,8	1,53		13,8	10,6	
Slowenien	.	3,8	0,99		9,9	28,0	
Tschechien	7,9	6,4	2,93	15,9	11,7	12,7	
Ungarn	10,5	5,2	2,04	14,7	11,3	17,6	
AUSSEREUROPA							
Türkei	7,4		0,46		28,9	4,4	
Japan	6,4	8,0	1,52	17,2	9,6	..	42,3
USA	9,0	9,3	4,62	23,7	15,7	27,1	44,4

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich (1966), S. 430ff. Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich (1995), S. 452ff

Tab. 1: Eheschließungs- und Scheidungsziffern, Geburtenziffern und Anteil der unehelichen Geburten im internationalen Vergleich (1960/1993)

Wenden wir uns den europäischen Wohlfahrtsstaaten zu. Hier hat Schweden als erster europäischer Staat das Problem der alleinerziehenden Mütter in einer postindustriellen Gesellschaft mit umfangreichen Sozialmaßnahmen zu lösen versucht.

Hierbei muß allerdings offenbleiben, ob und wieweit diese großzügigen Transferleistungen auch mißbräuchlich in Anspruch genommen wurden, sodaß die Statistik eine zu hohe Zahl von alleinerziehenden Müttern ausweist, die de facto mit einem Partner zusammenleben. Die Thematik der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen wurde stets mit einer gewissen Verschämtheit behandelt und in keinem Staat durch kontinuierliche Surveys erhoben. Auch von Frankreich wurden schon früh zwei Maßnahmenpakete verabschiedet.

Während die drastische Reduzierung der Fertilität als Innovationsvorgang nahezu alle EU-Staaten erfaßt hat, bestehen bislang hinsichtlich des Scheidungsverhaltens und der demographischen Lebensstile beachtliche nationale Unterschiede, die auch weiterhin die nationale Sozialpolitik beeinflussen werden. Der Lebensstil der alleinerziehenden Frauen ist bisher zu keinem europäischen Phänomen geworden. Das schwedische demographische Modell besitzt vielmehr eine Sonderstellung. Es weist die niedrigste Heiratsquote in der entwickelten Welt auf, verbunden mit einer hohen Scheidungsquote – zwei Drittel der Ehen werden wieder geschieden. Mit 50,4% extrem hoch ist die Rate der unehelichen Geburten. Die weibliche Erwerbsquote übertrifft die der USA. Von den westeuropäischen Staaten weist Großbritannien, welches bei den Scheidungsquoten an erster Stelle steht und wohl in Kürze die Werte der USA erreichen dürfte, eine ähnliche Struktur des demographischen Lebensstils wie Schweden auf.

Der deutsche Sprachraum und die Beneluxstaaten gruppieren sich zu einer Großregion des demographischen Regimes mit einer mäßigen Heirats- und Scheidungsquote sowie einer mäßigen weiblichen Erwerbsquote. Im Hinblick auf den Anteil der unehelichen Geburten fällt Österreich mit der zum Teil tradiert hohen Quote in den alpinen Bundesländern aus der Reihe. Gerade diese Übergangssituation des demographischen Regimes erschwert es jedoch dem Gesetzgeber, in einer Rückbauphase der Sozialpolitik Entscheidungen zu treffen. Entsprechend der obrigkeitstaatlichen Tradition der Sozialpolitik erfolgt vielmehr eine Zunahme der rechtlichen und administrativen Ausgestaltung des Sozialhilfeinstrumentariums.

Anders ist die demographische Situation in den südeuropäischen Staaten. Hier wurde die innereheliche Gebürtigkeit überall im letzten Jahrzehnt drastisch reduziert, mit 9,4 pro Tausend hält Italien derzeit den Tiefstrekord in Europa. Gleichzeitig ist jedoch die weibliche Erwerbsquote nicht nach oben geschneit und ebenso ist die Zahl der Scheidungen bisher erstaunlich niedrig geblieben. Es fehlen somit die quantitativen Voraussetzungen für eine Sozialpolitik für alleinerziehende Frauen.

Im Zuge des Rückbaus der Sozialpolitik in den europäischen Wohlfahrtsstaaten ist freilich zu befürchten, daß ähnlich wie in den ehemaligen Ostblockstaaten zunächst die Kinderkrippen und Kindergärten durch Erhöhung der Beiträge ihre allgemeine Zugänglichkeit verlieren und subventionierte Einrichtungen für Jugendliche aufgegeben werden.

4. Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

In den USA ist der Prozeß der Entindustrialisierung am weitesten fortgeschritten. Mit produktionspezifischen Kenntnissen ausgestattete Arbeitskräfte wurden freigesetzt. Diese können nur sehr eingeschränkt den neuen Anforderungen EDV-strukturierter Arbeitsprozesse im wachsenden Dienstleistungssektor entsprechen bzw. in der Freizeitindustrie ("fun industry") oder den persönlichen sozialen Dienstleistungen mit niedrigen Löhnen unterkommen. Vor allem in den Kernstädten war die Tertiärisierung mit einer Anhebung der schulischen Qualifikation verbunden. In den großen Städten des Nordostens entstanden nur mehr Arbeitsplätze für Abgänger von High-Schools, während Arbeitsplätze mit geringerer Qualifikation verschwanden. Es öffnete sich eine neue Einkommensschere zwischen hochqualifizierten EDV-Fachkräften und angelernten Hilfskräften des Freizeit- und persönlichen Dienstleistungssektors ("Junk-Jobs"), den Positionen, welche vor allem während der REAGAN-Regierung den bestaunten Zuwachs an Millionen von Arbeitsplätzen zur Folge hatten. Diese Entwicklung brachte aber für viele Erwerbstätige in den USA sinkende Realeinkommen bis hin zu den Arbeitsplätzen mit Einkommen in der Nähe der Armutsgrenze (sogenannte "working poor").

Eine neue postindustrielle Reservearmee entstand, von der ein wachsender Teil kaum eine Chance besaß, in den Arbeitsprozeß integriert zu werden. Sie wurde als "underclass" bezeichnet. Da sie nicht am Arbeitsprozeß partizipiert, läßt sie sich auch nicht in den Schichtenbau des Sozialsystems einordnen. Sie besteht aus

- unfreiwilligen Langzeitarbeitslosen,
- Behinderten und chronisch Kranken und
- einer wachsenden Zahl von Personen, die sich selbst aus der Gesellschaft und ihren traditionellen Werten und Normen ausschließen.

Diese Heterogenität bewirkt starke Verzerrungen in der Beurteilung und behindert durchgreifende soziale Maßnahmen.

Nun ist in den USA Sozialpolitik für Arbeitslose kein Thema. Abgesehen davon unterscheidet sich die Struktur der Arbeitslosigkeit in den USA deutlich von der in Europa:

- Zu Unrecht werden immer wieder die seit der REAGAN-Regierung niedrigen Arbeitslosenraten der USA (1994 6%, 8 Millionen) als Beleg für die Richtigkeit des liberalen Wirtschaftskurses hervorgehoben, denn sie sind insofern irreführend, als in den USA bereits eine stundenweise Beschäftigung ausreicht, um nicht in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen zu werden.
- Ferner muß ein breiteres Spektrum der Bevölkerung als in den meisten europäischen Staaten, und zwar zwischen einem Viertel und einem Drittel, mit dem Risiko leben, arbeitslos zu werden, d.h. die Arbeitslosigkeit reicht in den USA bis in die Mittelschichten hinein.
- Wesentlich geringer als in Europa ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen. Dies ist auf das höhere Ausmaß an Eigeninitiative und Flexibilität bei der Arbeitsplatzsu-

che zurückzuführen.⁴⁾

- Aufseiten der Arbeitssuchenden besteht kein Anspruch auf eine ausbildungsadäquate Position, ebensowenig auf Biennien und damit Altersprivilegien. Damit fehlt die Diskriminierung älterer Arbeitssuchender.
- Die amerikanische Sozialpolitik hat dem Individuum die Eigenverantwortlichkeit in der Arbeitswelt nicht abgenommen.

Die Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig als das Hauptproblem in der EU und in den postsozialistischen Staaten angesehen. 1994 waren in den zwölf EU-Staaten 17,7 Mio. Menschen arbeitslos, davon waren 28% jünger als 25 Jahre, von denen sich wiederum 43% auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz befanden und daher in den meisten Staaten noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Auf die Altersgruppen zwischen 25 und 34 Jahre entfielen weitere 30%. Insgesamt waren daher 60% der Arbeitslosen jünger als 35 Jahre, andererseits nur 20% 45 Jahre und älter. Hinsichtlich der Altersstruktur der Arbeitslosen bestehen jedoch von Staat zu Staat erhebliche Unterschiede. So betraf die Arbeitslosigkeit in der BRD zu 35% ältere Arbeitssuchende. Nach den Angaben der Europäischen Kommission kann bisher in den meisten Ländern das Niveau der Einkommensbeihilfe bei Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Nettoerwerbseinkommen relativ gehalten werden.

Eine Rangreihung der den Arbeitsmarkt kennzeichnenden Indikatoren zum Arbeitsmarkt, nämlich Erwerbsquote, Arbeitslosenquote und Anteil der Teilzeitarbeit, belegt die ausgeprägten Unterschiede zwischen den EU-Staaten (vgl. Tab. 2).

Hierbei erweisen sich interessanterweise zwei verschiedene Regime der Sozialpolitik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als besonders erfolgreich, nämlich das egalitäre schwedische Regime und das im Rückbau befindliche britische Regime, welche beide bei hoher Erwerbsquote die Teilung von Arbeitsplätzen als Instrumentarium eingesetzt und damit die Arbeitslosenquote unter das EU-Mittel abgesenkt haben. Es ist anzunehmen, daß die Teilzeitarbeit in mittelfristiger Zukunft auch in den Staaten mit institutionellem Regime der Sozialpolitik (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Österreich) an Bedeutung gewinnen wird. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Zunahme relativ langsam. 1984 gab es 11,6% Teilzeitbeschäftigte, 1993 16,6% (WALWAI 1996, S. 29). Derzeit liegt die Bundesrepublik Deutschland bei hoher Erwerbsquote hinsichtlich der Arbeitslosenquote und des Anteils der Teilzeitarbeit im EU-Mittel.

Zwei Kleinstaaten, Österreich und Portugal, mit unterschiedlicher Sozialpolitik und Wirtschaftskraft weisen ähnlich hohe Erwerbsquoten bei ansonsten traditioneller Arbeitsverfassung und unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit auf. Der Begriff tradi-

4) Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (= mehr als ein Jahr arbeitslos) an allen Arbeitslosen betrug 1992 in Deutschland 31%, in Frankreich 37%, dagegen in den USA nur 5%, in Schweden allerdings auch nur 7% (EUROSTAT 1992).

	Erwerbsquote 1995	Arbeitslosenquote 1997 (gesch.)	%-Anteil der Teilzeitarbeit 1995
	<i>hohe Erwerbsquote</i>	<i>unterdurchschnittl. Arbeitslosigkeit</i>	<i>hohe Teilzeitarbeit</i>
Dänemark	60,1 (1)	6,5 (3)	21,6 (4)
Schweden	57,3 (2)	9,5 (7)	27,0 (2)
Ver. Königreich	56,2 (4)	7,5 (5)	24,1 (3)
Niederlande	54,9 (5)	6,8 (4)	37,4 (1)
	<i>hohe Erwerbsquote</i>	<i>niedrige Arbeitslosigkeit</i>	<i>unterdurchschnittl. Teilzeitarbeit</i>
Österreich	56,8 (3)	4,2 (2)	13,9 (8)
Portugal	54,0 (6)	7,5 (6)	7,5 (12)
		<i>durchschnittl. Arbeitslosigkeit</i>	<i>durchschnittl. Teilzeitarbeit</i>
Deutschland	53,0 (7)	10,8 (10)	16,3 (5)
	<i>durchschnittl. Erwerbsquote</i>	<i>hohe Arbeitslosigkeit</i>	<i>unterdurchschnittl. Teilzeitarbeit</i>
Finnland	50,7 (8)	15,5 (14)	11,8 (10)
Irland	47,5 (11)	13,2 (13)	12,1 (9)
Frankreich	48,8 (10)	12,8 (12)	15,6 (7)
		<i>sehr niedrige Arbeitslosigkeit</i>	<i>niedrige Teilzeitarbeit</i>
Luxemburg	49,3 (9)	2,8 (1)	7,9 (11)
	<i>niedrige Erwerbsquote</i>	<i>durchschnittl. Arbeitslosigkeit</i>	<i>durchschnittl. Teilzeitarbeit</i>
Belgien	45,8 (12)	10,3 (8)	16,1 (6)
	<i>niedrige Erwerbsquote</i>	<i>durchschnittl. Arbeitslosigkeit</i>	<i>niedrige Teilzeitarbeit</i>
Italien	41,8 (14)	11,8 (11)	6,4 (14)
Griechenland	44,7 (13)	10,3 (9)	4,8 (15)
	<i>sehr niedrige Erwerbsquote</i>	<i>sehr hohe Arbeitslosigkeit</i>	<i>niedrige Teilzeitarbeit</i>
Spanien	37,2 (15)	23,0 (15)	7,5 (13)
EU	49,3	11,3	16,1

Quelle: EUROSTAT

Tab. 2: Erwerbsquoten, Arbeitslosenquoten und Anteil der Teilzeitarbeit in den Staaten der EU 1997 (1995)

tionelle Arbeitsverfassung ist im Falle von Österreich wie auch von Portugal insofern auszuweiten, als in beiden Staaten ein Akkumulationsprinzip von Einkommensanteilen aus verschiedenen Tätigkeiten durchaus gebräuchlich ist. Österreich kann auf eine jahrzehntelange Praxis bei der Privatzimmervermietung (einschließlich Ur-

laub auf dem Bauernhof) wie auch in der nebenerwerblichen Landwirtschaft verweisen. In Portugal gilt ähnliches für Fischfang, Landwirtschaft und Tourismus sowie Einkommenstransfers durch die Gastarbeiterwanderung, vor allem nach Frankreich.

Drei Staaten mit sehr unterschiedlichen Sozialregimen – Finnland, Frankreich und Irland – fallen andererseits durch eine hohe Arbeitslosigkeit bei knapp unterdurchschnittlichen Erwerbsquoten und unterdurchschnittlichen Teilzeitbeschäftigungsquoten auf. Die Arbeitslosigkeit ist höher als in den südeuropäischen Staaten Italien und Griechenland mit niedrigerer Erwerbs- und Teilzeitquote. Spanien, mit seiner niedrigen Erwerbsquote von 37,2 und der extrem hohen Arbeitslosigkeit von 23,0, fällt völlig aus dem Rahmen und erhält daher auch den mit Abstand höchsten Betrag aus dem Strukturfonds der EU.

5. Die Regime der Sozialpolitik in den EU-Staaten

Die europäischen Wohlfahrtsstaaten heben sich durch die Höhe der Staatsausgaben und Sozialquoten klar von den USA und ebenso von Japan ab. Die Staatsausgaben betragen selbst in Irland schon 42% und erreichen in Schweden zwei Drittel des BIP. Die Spannweite der Sozialpolitik wird durch die Anteile der Sozialausgaben am BIP belegt. Sie reichen von 16,3% in Griechenland bis fast 40% in Schweden, das damit einen einsamen Spitzenplatz einnimmt (vgl. Tab. 3).

Es wurden zahlreiche Klassifikationssysteme und Typologien generiert, um die Komplexität der sozialen Wohlfahrtsstaaten zu erfassen. Sie gehen von der Intervention des Staates in die Marktmechanismen aus (TITMUS 1974), definieren die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik (MISHRA 1984) und fügen das Kriterium der Vollbeschäftigung ein (THERBORN 1987). Stephan LEIBFRIED (1992) unterscheidet in seinem Artikel *"Towards a European Welfare State?"* vier Regime der Sozialpolitik in der EU. Heinz FASSMANN und Peter MEUSBURGER gelangen 1997 aufgrund von Kriterien der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Regionalpolitik zu einer ähnlichen Gliederung und fügen die Transformationsstaaten als 5. Gruppe an.

In der Tabelle 3, welche die Staatsausgaben und Sozialquoten der sozialen Wohlfahrtsstaaten 1995 (1993) zeigt, wird eine modifizierte Gliederung vorgenommen.

Die *sozialen Regime der Wohlfahrtsstaaten der EU* sind mit verschiedenen Zielsetzungen ausgestattet und verfügen über unterschiedliche Interventionsstrategien.

(1) Die *egalitären Wohlfahrtsstaaten* Skandinaviens haben ihre Sozialpolitik auf das Ziel des Rechts auf Arbeit für jedermann zentriert und subventionieren den Eintritt und Nichtaustritt aus dem Arbeitsmarkt. Gleichbehandlung von Frauen ist ein wesentliches Ziel der egalitären Sozialpolitik. Alle Bürger besitzen dieselben "Sozialrechte". Eine breite Palette von Einrichtungen der sozialen und technischen Infra-

In % des BIP	Staatsausgaben	Sozialausgaben	Sonstige Ausgaben
	1995	1993	
USA	30,0	20,0	10,0
<i>1. Egalitäre Wohlfahrtsstaaten</i>			
Schweden	66,2	39,7	26,5
Dänemark	62,4	33,2	29,2
Finnland	57,6	34,4	23,2
<i>2. Institutionelle Wohlfahrtsstaaten</i>			
Frankreich	53,7	30,9	22,8
Belgien	54,9	27,6	27,3
ÖSTERREICH	>> 54,9	>> 29,4	>>> 25,5
Deutschland	49,5	31,0	18,5
Niederlande	50,9	33,6	23,3
<i>3. Liberaler Wohlfahrtsstaat im Rückbau</i>			
Großbritannien	43,4	27,8	15,6
Irland	42,0	21,4	20,3
<i>4. Unvollständige Wohlfahrtsstaaten</i>			
Italien	51,9	25,8	26,1
Spanien	44,3	24,0	20,3
Portugal	43,1	18,3	24,8
Griechenland	46,0	16,3	29,7

Quelle: EUROSTAT

Tab. 3: Staatsausgaben und Sozialquoten der sozialen Wohlfahrtsstaaten 1995 (1993)

struktur ist allgemein zugänglich. Nur die Arbeitslosenversicherung beruht auf Freiwilligkeit.

(2) Die *institutionellen Wohlfahrtsstaaten* Zentraleuropas, die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz, zu denen aufgrund des Systems der Sozialversicherung auch Frankreich und Belgien hinzuzurechnen sind, folgen paternalistisch-korporatistischen Prinzipien. Die Sozialpolitik verfügt über eine staatliche Organisation mit Hoheitscharakter.

Die staatliche Sozialgesetzgebung ist zwingendes Recht. Die soziale Sicherheit dient nicht allein den Arbeitnehmern, sondern externe Effekte machen sie zu einem öffentlichen Gut. Erfolgreiche Armutsbekämpfung erhöht auch die Lebensqualität der Wohlhabenden, indem sie – so glaubt man – die Kriminalität eindämmt.

Weitere Tätigkeitsfelder sind der Sozialpolitik zugewachsen: Altersversorgung der Selbständigen, Familienpolitik, Konsumentenschutz, Behindertenhilfe, Teilaspekte der Bildungspolitik, des Wohnungswesens, der Vermögensbildung. Auch in diesen Fällen impliziert Sozialpolitik eine Korrektur der Einkommensverteilung gegenüber dem Ergebnis marktwirtschaftlicher Prozesse.

(3) Großbritannien kann als *Wohlfahrtsstaat im Rückbau* bezeichnet werden. Seine Struktur folgte dem BEVERIDGE-System mit niedrig angesetzten Benefizien, sodaß ein Anreiz für Besserverdienende bestand, Privatversicherungen abzuschließen. Seit der neokonservativen THATCHER-Regierung wurde die Relation zwischen Staat und Markt im Hinblick auf das Aufgabenspektrum der Sozialpolitik zugunsten des letzteren verschoben. Als Hauptunterschiede gegenüber den USA verdienen Hervorhebung: die Mietbeihilfen für alle Arbeitslosen und Haushalte mit niedrigem Einkommen, die Arbeitslosenunterstützung und die Kinderbeihilfen sowie die Beibehaltung eines öffentlichen Gesundheitswesens. Festzuhalten ist, daß 18 Jahre konservativer Regierung wohl Stilllegung und Privatisierung von Bahnen, Schließung und Privatisierung staatlicher Industriebetriebe und eine umfassende Privatisierung des Council Housing gebracht, das eigentliche Sozialpaket jedoch nur mäßig zurückgefahren haben.

(4) Die *unfertigen Wohlfahrtsstaaten* Südeuropas, darunter Spanien, Portugal und Griechenland, mit einer ausgeprägten karitativen Tradition und einem noch funktionierenden sozialen Netzwerk der Familie sind in ihren Verfassungen als soziale Wohlfahrtsstaaten konstituiert, doch wird die institutionelle und instrumentelle Implementierung der Sozialprogramme durch die ökonomische Rückständigkeit behindert.

Verwendet man ein gedankliches Entwicklungsmodell der Sozialstaatlichkeit, so befinden sich die genannten Idealtypen der sozialen Wohlfahrtsstaaten einerseits noch in der Take-off-Phase der Entwicklung wie etwa die südeuropäischen Staaten, während andererseits Großbritannien, das bisher bei allen sozioökonomischen Veränderungen in Europa die Funktion eines Leaders wahrnehmen konnte, in die Phase des Rückbaus eingetreten ist. Die egalitären Wohlfahrtsstaaten haben ebenfalls den Höhepunkt erreicht, der Umverteilungsgrad des BIP kann kaum mehr gesteigert werden, die interne Umverteilung ist in eine Reformphase eingetreten.

Auch in den institutionellen Wohlfahrtsstaaten ist der Umbau und Rückbau des Sozialstaates in die erste Phase eingetreten. Die sich verstärkende Tendenz zur Privatisierung richtet sich gegen die tiefverwurzelte öffentliche Überzeugung, daß ein ausgedehntes Wohlfahrtssystem wünschenswert sei.

Es geht daher um eine Strategie der Ermutigung für den einzelnen Bürger, persönliche Renten aufzubauen und gleichzeitig die Grundrentenbeträge zu begrenzen. Die Taktik der kleinen Schritte kennzeichnet auch die Reformen im Gesundheitswesen, darunter im Krankheitsfall die Überprüfung durch den Arbeitgeber durch Ausstellung der Krankenscheine, stärkere Selbstbeteiligung und Zunahme der Privatbehandlung. Dem stehen die neue Pflegeversicherung in Deutschland, Österreich, Skandinavien und Belgien, neue Urlaubsansprüche für Beschäftigte für Ausbildungsmaßnahmen oder Kinderbetreuung usf. entgegen. Es ist sehr schwierig, aus der geschaffenen obrigkeitlichen Struktur einen Weg der Delegation der Sozialpolitik zurück zur Eigenvorsorge und auf die lokale Ebene und in den Rahmen der Familie zu finden.

Eine Sonderstellung haben gegenwärtig die Niederlande, in denen die gesamte Sozialpolitik auf die Grundschichten und die unteren Mittelschichten zurückgefahren wurde (derzeit bis zu rund ATS 18.000,- Nettoeinkommen im Monat), während die Besserverdienenden im Pensionssystem einerseits auf Betriebspensionen angewiesen sind und sich andererseits mittels Privatversicherungen für das dritte Lebensalter absichern müssen. Dasselbe gilt für das Gesundheitssystem. Schwierig ist begreiflicherweise die Lage der mittleren Einkommensbezieher mit rund ATS 18.000,- bis ATS 25.000,- netto, die sich nunmehr mit Privatversicherungen arrangieren müssen. Die Niederlande sind ferner mit einem Teilzeitanteil von 37% der Spitzenreiter in der EU hinsichtlich der Flexibilisierung des Arbeitsprozesses, wobei dem einzelnen Bürger auch die Akkumulation von Teilzeitverträgen möglich ist.

Nun haben die Niederlande durch die Kombination von einer sehr alten Tradition der Stadt- und Regionalplanung, welche reglementierend eingreift und egalitären Prinzipien folgt, mit einem hoch entwickelten öffentlichen Verkehrssystem, technischer und sozialer Infrastruktur, und andererseits den Wirtschaftsinteressen von nationalen Großkonzernen, wie Philips, eine bisher relativ günstig scheinende Voraussetzung dafür, daß derart drastische Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes, wie sie derzeit stattfinden, nicht zur Exklusion breiter Bevölkerungskreise führen. Das niederländische Arbeitsmarktmodell ist daher nur mit Einschränkungen auf andere Kleinstaaten übertragbar.

Italien bezieht eine Übergangsposition zu den institutionellen Wohlfahrtsstaaten dadurch, daß Pensionen außer der Funktion der sozialen Sicherheit auch eine Funktion für die ökonomische Entwicklungspolitik und Arbeitsmarktpolitik zugeschrieben wird. Im Schulwesen und im Gesundheitswesen konnte die traditionelle Klassengesellschaft noch nicht beseitigt werden.

6. Zusammenfassung

Mit einer These sei eröffnet: Der Umbau und Rückbau der Sozialpolitik wird Spezifika der sozialen Wohlfahrtsstaaten in Europa nicht beseitigen können. Grundsätzlich geht es bei diesem Rückbau in den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten um mehr als um die Sozialpolitik im engeren Sinn, wie etwa die Finanzierung des Pensionssystems und der Sozialfürsorge. Es geht um den gesamten bisherigen "sozialen" Dienstleistungssektor der Staaten, die gesamten Bildungseinrichtungen, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, das Gesundheitswesen, den subventionierten öffentlichen Verkehr, die subventionierte Landwirtschaft, den sozialen Wohnungsbau, das "soziale Grün" und die sozialen Freizeiteinrichtungen, es geht um die Regionalpolitik für zentrale Orte und entwicklungsschwache Gebiete. Sozialpolitik wird auch in mittelfristiger Zukunft keine Stand-alone-Politik sein können, sondern Teil einer integrierten Gesellschafts-, Regional- und Kommunalpolitik bleiben, bei der spezifische nationale Lösungen für das Problem des Rückbaus gefunden werden müssen, unabhängig davon, in welchem Tempo von der Europäischen Kommission

eine europäische Sozialunion mit Mindeststandards der Arbeitsmarktpolitik aufgebaut werden kann.

Im folgenden drei Feststellungen, welche an die Frage der Einleitung anschließen, ob eine nationale Sozialpolitik angesichts der Effekte der Globalisierung auf Dauer bestehen könnte.

Die erste Feststellung lautet: Die Europäische Union ist dabei, ein "global player" im Rahmen der Globalisierung der Ökonomie zu werden. Mit der Ausgestaltung der Europäischen Union wird eine regionalpolitische "Zwischendecke" im "global/national interplay" eingezogen.

Die Regionalpolitik der EU schließt den Sektor der Sozialpolitik im Sinne eines regionalen Disparitätenausgleichs ein. Regionen erhalten damit einen spezifischen "sozialen Stellenwert". Mit der Etablierung einer europäischen Regionalpolitik, welche über beachtliche Mittel verfügt, werden sich im 21. Jahrhundert die Vereinigten Staaten von Europa grundlegend von den Vereinigten Staaten von Nordamerika unterscheiden.

Die zweite Feststellung bezieht sich auf die Metropolen und lautet: Aufgrund des Munizipalsozialismus werden die Metropolen in Europa nicht in die amerikanische Metropolenentwicklung mit den bekannt extremen Desorganisationserscheinungen einschwenken. Zwar wird sich im 21. Jahrhundert der Prozeß der Metropolitanisierung auch in Europa weiter verstärken, Metropolen werden zur dritten Kraft neben den großen internationalen Konzernen und der supranationalen Ebene der EU-Kommission avancieren. Ihre politischen Eliten und Manager werden einerseits transkontinentale Wirtschaftspolitik betreiben, Allokationsstrategien für die Anziehung von internationalen Konzernen ausstilisieren und andererseits munizipale Sozialpolitik zur Reduzierung sozialer Konflikte und Probleme weiterhin fortführen, wie dies im 20. Jahrhundert geschehen ist.

Der Munizipalsozialismus bedeutet, daß die meisten Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur zum kommunalen Aufgabenbereich gehören, die Massenverkehrsmittel ebenso wie die Gas- und Elektrizitätswerke. Viel wichtiger als das soziale Grün und die öffentlichen Freizeiteinrichtungen und der soziale Wohnungsbau ist jedoch das öffentliche Schulwesen, welches ganz entscheidende integrative Aufgaben besitzt.

Durch zwei Elemente werden sich im 21. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten von Europa die Metropolen von denen der Vereinigten Staaten von Nordamerika unterscheiden: durch den legislativ abgesicherten Fortbestand des historischen Primats von Nationalstaaten und den Fortbestand des Munizipalsozialismus. Das historische Primat bedeutet, daß klare hierarchische Strukturen im Organisationsaufbau unterhalb der Ebene der EU bestehenbleiben werden, die in dieser Form in den USA fehlen.

Die dritte Feststellung lautet: Die europäischen Wohlfahrtsstaaten sind dabei, die Effekte der globalen Wirtschaft langfristig abzapfen und gleichzeitig der Exklusion von großen Teilen der Bevölkerung, wie sie in den USA stattfindet, gegenzusteuern. Mehrere nationale Ansätze verdienen Beachtung:

- Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit einer Gegensteuerung gegen Arbeitslosigkeit ist am besten im niederländischen Teilzeitarbeitsmodell realisiert, mit dem die Arbeitslosenquote drastisch heruntergefahren wurde.
- Gleichzeitig bieten die Niederlande das Modell der Sozialpolitik für eine Bottom-up-Zweidrittelgesellschaft, welches sich grundsätzlich von dem Top-down-Modell der USA unterscheidet, in dem die unteren Strata ausgeschlossen sind.
- Das britische Beispiel der Umstrukturierung eines egalitären Gesundheitswesens durch massive Unterstützung der Eigenhilfe hat soziale Netze reaktiviert und damit ebenfalls ein Vorbild gesetzt.
- Für eine familienorientierte Sozialpolitik (und Steuerpolitik), welche notwendig ist, um den Fragmentierungsphänomenen der postindustriellen Gesellschaft entgegenzuwirken, bietet Frankreich das Beispiel.

7. Summary

Elisabeth Lichtenberger: The restructuring of social politics in social welfare states

This article is concerned with the restructuring and (partial) dismantling of social policy in the Social Welfare States. Basically, this dismantling involves more than just social policy in its narrowest sense, like, for example, the financing of pensions and social security. Rather, it involves the whole of a state's previous social "services" sector, all educational institutions from primary schools to universities, the health service, subsidised public transport, subsidies to agriculture, public housing programmes, publicly-financed environment programmes and leisure facilities; it also involves regional policies for major population and industrial centres and deprived regions. In the medium-term, too, social policy will not be able to exist on its own but will continue to form part of an integrated social, regional and community policy where specific national solutions will have to be found for the problem of reducing the scope of the Welfare State, regardless of the pace at which the European Commission manages to establish a European social union with minimum standards for labour market politics.

In summary, three observations:

1. The European Union is in the process of becoming a "global player" in the context of economic globalisation. With the expansion of the European Union an intermediate regional policy layer is being built into the "global-national interplay". Within the EU's regional policy, social policy has the role of levelling out regional disparities. As a result regions are allocated a specific "social status".

With the establishment of a European regional policy with considerable means to support it, the United States of Europe will differ basically from the United States of North America.

2. The second observation concerns the metropolises and submits that as a result of municipal socialism Europe's metropolises, will not in the 21st century fall into line with American metropolitan developments which, as is well known, are manifesting signs of severe breakdown. Although the 21st century will see an increase in the process of metropolitanisation in Europe, the metropolises will become the third power alongside the big international concerns and the supranational level of the EU Commission. Their political elites and managers will follow transcontinental economic policies and fashion out allocation strategies to attract international concerns while at the same time applying urban social policies to reduce social conflicts and problems, as in the 20th century. In the 21st century the metropolises of the United States of Europe will differ from those of the United States of America in two respects: through the legally-anchored continuance of the primacy of nation states and through urban socialism. Historical priorities mean that clear hierarchial structures will continue to exist at the organisational level below that of the EU-structures not found in the USA.
3. The European Welfare States are in the process of countering in the long term both the effects of the global economy and at the same time the exclusion of large sections of the population that is to be found in the USA. Several national initiatives are worth mentioning:
 - Labour market flexibility linked with the fight against unemployment has best been realised in the Dutch part-time work model which has dramatically reduced the rate of unemployment.
 - The Netherlands also offer the model of a bottom-up two-thirds society which differs fundamentally from the top-down model in the USA, where the lower social groups are excluded.
 - The British example of the restructuring of an egalitarian health service through massive support for private initiatives has reactivated social nets and thus also offers a model.
 - France offers a model of family-oriented social politics (and tax politics) in order to counter the phenomenon of fragmentation of the post-industrial society.

8. Literaturverzeichnis

- ASCOLI U. (1986), The Italian Welfare State between Incrementalism and Rationalization. In: BALBO L. & NOWOTNY H. (Hrsg.), Time to Care in Tomorrow's Welfare Systems: The Nordic Experience and the Italian Case. Wien, Europ. Zentrum f. soziale Wohlfahrts-politik und -forschung.

- BUSCH G.M. (1989), Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat. In: ABELE H. et al. (Hrsg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik. 3. Aufl., S. 356-368. Wien, Manz.
- ESPING-ANDERSEN G. (1990), *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge, Polity Press.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (1996a), *Soziales Europa: Beiheft/Kommission der EU, Generaldirektion Beschäftigung*.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (1996b), *Europa. Soziale Sicherheit*. Luxemburg.
- EUROSTAT (Hrsg.) (1992), *Erhebung über Arbeitskräfte: Ergebnisse 1992*.
- FASSMANN H. & MÜNZ R. (1996), *Migration in Europa*. Frankfurt-New York, Campus. 438 S.
- FASSMANN H. et al. (1996), *ÖROK-Bevölkerungsprognose 1991-2021 (= Schriftenreihe Österr. Raumordnungskonferenz, 126)*.
- FASSMANN H. & MEUSBURGER P. (1997), *Arbeitsmarktgeographie. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext (= Teubner Studienbücher d. Geogr.)*. Stuttgart.
- FERGE Z. & KOLBERG J.E. (Hrsg.) (1992), *Social Policy in a Changing Europe (= Public Policy and Social Welfare, 10)*. Frankfurt/Main, Campus.
- GINSBURG N. (1992), *Division of Welfare: a Critical Introduction to Comparative Social Policy*. London. Sage Publ.
- L'HOEST R. (1996), *Zur Bedeutung der sozialen Dimension des europäischen Binnenmarktes*. In: SCHÖNING W. & L'HOEST R. (Hrsg.), S. 191-216.
- JOHNSTON R.J. (1993), *The Rise and Decline of the Corporate-welfare State: a Comparative Analysis in Global Context*. In: TAYLOR P.J. (Hrsg.), *Political Geography of the Twentieth Century*, S. 115-170. London, Belhaven.
- McKAY S. (1996), *Inevitable or Ideological Change? Reforming British Social Security*. In: ALTHALER K.S. & MATJAN G. (Hrsg.), *Vom Wohlfahrtsstaat zum Leistungsstaat?* S. 135-143. Wien, Sonderzahl Verlag.
- LEIBFRIED S. (1992), *Towards a European Welfare State?* In: FERGE Z. & KOLBERG J.E. (Hrsg.), S. 245-279.
- LEIBFRIED S. (Hrsg.) (1995), *European Social Policy – Between Fragmentation and Integration*. Washington, DC, The Brookings Inst.
- LICHTENBERGER E. (1990), *Die Auswirkungen der Ära REAGAN auf Obdachlosigkeit und soziale Probleme in den USA*. In: *Geogr. Rundschau*, 42, 9, S. 476-481.
- LICHTENBERGER E. (1995), *Der Immobilienmarkt im politischen Systemvergleich*. In: *Geogr. Zeitschrift*, 83, 1, S. 21-29.
- MESSU M. (1992), *Familienpolitik und soziale Einkommenspolitik: Kindergeld für Alleinerziehende in Frankreich*. In: *Int. Revue f. Soziale Sicherheit*, 45, 3, S. 79-91.
- MISHRA R. (1984), *The Welfare State in Crisis*. Brighton, Wheatsheaf.
- MURSWIECK A. (1988), *Sozialpolitik in den USA: Eine Einführung*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- OECD (Hrsg.) (1996), *Social Expenditure 1960-1990*. Paris, OECD.
- PINCH S. (1997), *Worlds of Welfare. Understanding the Changing Geographies of Social Welfare Provision*. London-New York, Routledge.
- PRATSCHER K. (1996), *Sozialhilfe in Österreich. Überlegungen zur subsidiären Sozialstaatlichkeit*. In: ALTHALER K.S. & MATJAN G. (Hrsg.), *Vom Wohlfahrtsstaat zum Leistungsstaat?* S. 115-126.
- PROGNOS-GUTACHTEN 1995 FÜR DEN VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER (1995), *Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen (= DRV-Schriften, 4)*. Frankfurt.
- SCHÖNIG W. & L'HOEST R. (Hrsg.) (1996), *Sozialstaat wohin? Umbau, Abbau oder Ausbau der sozialen Sicherung*. Darmstadt, Wiss. Buchges.

- SKOCPOL T. (1995), *Social Policy in the United States – Future Possibilities in Historical Perspective* (= Princeton Studies in American Politics). Princeton, NJ, Univ. Press.
- THERBORN G. (1987), *Welfare State and Capitalist Markets*. In: *Acta Sociologica*, 30, S. 237-254.
- TITMUS R.M. (1974), *Social Policy*. London, Allen and Unwin.
- TITMUS R.M. (1987), *Developing Social Policy in Conditions of Rapid Change: the Role of Social Welfare*. In: ABEL-SMITH B. & TITMUS K. (Hrsg.), *The Philosophy of Welfare. Selected Writings of Richard M. Titmuss*, S. 245-268. London, Allen and Unwin.
- WALWAI U. (1996), *Mehr Beschäftigung durch Umbau des Sozialstaats?* In: SCHÖNIG W. & L'HOEST R. (Hrsg.), S. 13-35.

Statistik:

EUROSTAT, Europäische Kommission, Luxemburg.
Österreichisches Statistisches Jahrbuch 1995.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: [140](#)

Autor(en)/Author(s): Lichtenberger Elisabeth

Artikel/Article: [Der Rückbau der sozialen Wohlfahrtsstaaten 7-24](#)